

Offener Brief an VLÄ-Chef Dr. Erwin Lotter - MdB der FDP

Sehr geehrter Herr Lotter,

mit Post vom 20.01.2012 haben Sie einen (offenen) Brief an den **Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr** geschrieben. Gestatten Sie mir einige kritische Bemerkungen als Mitglied der Vereinigung Liberaler Ärzte e.V. (VLÄ) und als Parteimitglied unserer gemeinsamen Partei. (geschrieben Berlin, den 20.1.2012)

Sie und ich sind Mitglied einer Partei mit einem gesundheitspolitischen Programm und mit entsprechenden Parteitagsbeschlüssen aus der jüngeren Vergangenheit. Sie nehmen in Ihrem Schreiben die [Ergebnisse der A.T.Kearney-Studie](#) zu den Bürokratie- bzw. Verwaltungskosten des GKV-Systems zum Anlass, den Bundesgesundheitsminister zu fragen, ob die Bayerische KV-Initiative einer gemeinsamen (Bürokratie-)Meldestelle nicht zur bundesweiten Institution werden könnte, und bitten ihn, die durch solche Institutionen entstehenden Kosten die gebotene Aufmerksamkeit zu schenken.

Sehr geehrter Herr Lotter, Politik geht anders.

Ganz abgesehen von der absurden, kafkaesken Vorstellung, bürokratische Auswüchse durch [Errichtung weiterer Bürokratie](#) bekämpfen zu wollen, haben Sie offenbar den Ansatz der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) in mehrfacher Hinsicht missverstanden. Wenn die handelnden Personen in der KVB angesichts der gesetzlich-politischen Vorgaben den hierdurch geforderten bürokratischen Exzess erkennen und - als politisches Hilfsmittel - mit einer "Meldestelle" wahrnehmbar und öffentlich machen wollen, um dem Gesetzgeber seinen Irrweg aufzuzeigen, ist das als ein Alarmsignal der Politik gegenüber zu verstehen.

Sie, Herr Lotter, sind die Politik.

Dieses Alarmsignal ist an Sie gerichtet. Deshalb geht Ihr Vorschlag, solche Meldestellen bundesweit einzurichten, gänzlich an der Sache vorbei. Oder wollen Sie sich selbst Alarmsignale senden lassen?

Sie haben, jedenfalls entnehme ich dies mit einiger Mühe Ihrem Schreiben, erkannt, dass es zu viel Bürokratie innerhalb der vertragsärztlichen Versorgung gibt, die 25 Prozent der finanziellen Mittel vernichtet.

Ich kann Ihrem Schreiben auch bei gutmütigster Wahrnehmung aber nicht entnehmen, dass Ihnen die Ursache dieser Mittelverschwendung klar vor Augen steht. Sie vermuten eine "Katalysatorwirkung auf die [...], die den praktizierenden Ärzten die Kosten unnötiger Bürokratie eigentlich schon längst erstatten müssten". Sie meinen, so verstehe ich Sie, also die Krankenkassen.

Als Beispiel führen Sie die Praxisgebühr an. Sehr geehrter Herr Lotter, die Krankenkassen haben die Praxisgebühr nicht eingeführt.

Hierfür ist der damalige Gesetzgeber verantwortlich, und da dieser bürokratische Unfug auch von der aktuellen Koalition nicht beendet wurde, geht diese Verantwortung auf diese - und als Fraktionsmitglied auch auf Sie persönlich - über.

Die Mittelverschwendung durch die bürokratischen Exzesse innerhalb des Systems der Gesetzlichen Krankenversicherung wird nicht dadurch beendet, dass einem Teilnehmer

am System die bislang unentgeltlich geleisteten, nichtmedizinischen Verwaltungsleistungen ein Kostenausgleich gewährt wird. Sie nähmen durch einen solchen Mitteltransfer lediglich dem einen Akteur des Systems Mittel weg, die ihm dann an anderer Stelle (beispielsweise bei der Honorierung der Versorgung durch niedergelassene Ärzte) wieder fehlen würde.

In die Nähe der Lächerlichkeit gerät Ihre Forderung in Kenntnis der Tatsache, dass die meisten bürokratischen Erfordernisse, die seitens des Gesetzgebers dem GKV-System auferlegt wurden, in ihren gesetzmäßigen Ausführungsbestimmungen zwischen den Körperschaften (Krankenkassen und KBV/KZBV) ausgehandelt wurden. Wenn Sie in Ihrem Schreiben nun die Verantwortung für die Bürokratiekosten auf die sogenannte Selbstverwaltung der GKV-Körperschaften - bei Ihnen mehr die Krankenkassen, bei Ihrem Kollegen Lauterbach mehr die KVen - abwälzen wollen, ist dies, gelinde gesagt, unredlich.

Sehr geehrter Herr Lotter, verzeihen Sie mir die deutliche Stellungnahme. Sie und mit Ihnen Ihre ganze Fraktion haben politisch versagt. Ihr Schreiben an Herrn Bahr ist ein bezeichnendes Beispiel. Um mich nicht dem Vorwurf auszusetzen, lediglich zu kritisieren und nicht dazustellen, welche Alternativen denn bestanden hätten, will ich Ihnen ein politisches Handlungsszenario darlegen, das Ihnen und Ihrer Fraktion zur Verfügung gestanden hätte. Um den Rahmen nicht zu sprengen, beschränke ich mich auf die von Ihnen angesprochenen Bürokratiekosten-Studie.

Wenn in der Vergangenheit die Bürokratie- bzw. Verwaltungskosten des GKV-Systems mangels Untersuchung nicht beziffert werden konnten und immer nur eine "gefühlte" Verschwendung seitens der niedergelassenen Ärzte behauptet werden konnte, wenn die Krankenkassen immer nur ihren bilanztechnischen Wert der eigenen Verwaltungskosten auswiesen, hatte der Gesetzgeber keine brauchbare Grundlage, um sich dem Thema zu widmen.

Dem politisch angenommenen Vorteil des jeweiligen Systems (**Kostenerstattung** oder **Sachleistung**) fehlte bislang eine präzise Analyse der Systemkosten. Nun ist sie da. Für Sie und Ihre Fraktionskollegen muss das Anlass sein, den - wie sie es nennen - Skandal zu beenden. Mit Ihren an Herrn Bahr adressierten Fragen und Bitten kann dem nicht abgeholfen werden.

Wieso ist es Ihnen nicht möglich, nach einer diesbezüglichen deutlichen Thematisierung innerhalb der Fraktion, immerhin sind Sie im Gesundheitsausschuss, dem Fachminister einen klaren und deutlichen Forderungskatalog zu präsentieren? Sie hätten immerhin die Parteitagsbeschlüsse der FDP einerseits, und bei entsprechender Vorarbeit die Fraktionskollegen andererseits, hinter sich.

Ein Minister in einer Koalition kann die eigenen parteipolitischen Positionen immer nur so deutlich vertreten, wie die Fraktion es verlangt und ihn dabei unterstützt. Wäre von Ihnen mit Hilfe der Fraktionskollegen die Forderung nach Ablösung des Sachleistungssystems als grundsätzlicher Ursache der Mittelverschwendung gekommen, hätte Herr Bahr sich der Problematik ernsthaft annehmen können. Hierbei ist es von nebensächlicher Bedeutung, dass der Koalitionspartner noch nicht in der Lage ist, der liberalen Position zu folgen. Er wäre aber in der politisch schwierigen Situation, dem Verschwendungsvorwurf argumentativ zu begegnen.

Ihr Brief, Herr Kollege Lotter, stützt weder die liberale Position des Ministers, noch signalisiert er akuten politischen Handlungsbedarf. Statt dessen wird dem Mitleser Ihres öffentlichen Briefes klar, dass es Ihnen und mithin auch Ihren gesundheitspolitischen Fraktionskollegen nur um eine wahlwirksame Akzeptanz geht. Ernsthafte Politik, auch Gesundheitspolitik, verehrter Herr Lotter, geht anders.

Mit freundlichen Grüßen

Bertram Steiner
(Zahnarzt in BERLIN)